Niederschrift

über die 19. Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Föhr-Amrum am Donnerstag, den 02.06.2022, im Seeheim, Norddorf auf Amrum.

Anwesend sind:

Dauer der Sitzung: 12:00 Uhr - 14:15 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Heidi Braun
Herr Cornelius Bendixen
Herr Joachim Christiansen
Herr Christoph Decker
Herr Hans-Ulrich Hess
Herr Michael Lorenzen
Herr Heiko Müller
Frau Dr. Silke Offerdinger-Daegel
Herr Friedrich Riewerts
Herr Christian Roeloffs
Herr Peter Schaper
Frau Göntje Schwab
Herr Johannes Siewertsen
Frau Frauke Vollert

zusätzlich anwesend

Frau Elke Dethlefsen

von der Verwaltung

Frau Meike Haecks
Herr Dr. Andreas Raschzok
Frau Kristine Rothert
Frau Julia Schäfer
Herr Christian Stemmer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Cornelius Daniels
Herr Erk Hensen
Herr Norbert Nielsen
Herr Hark Riewerts
Herr Lars Schmidt

von der Verwaltung

Herr Marco Christiansen

Tagesordnung:

- 1 . Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 . Anträge zur Tagesordnung
- 3 . Beschlussfassung über die nichtöffentliche Beratung und Beschlussfassung von Tagesordnungspunkten

- 4 . Einwendungen gegen die Niederschrift über die 18. Sitzung (öffentlicher Teil)
- 5 . Bericht der Amtsvorsteherin
- 6 . Bericht der Ausschussvorsitzenden
- 7 . Einwohnerfragestunde
- 8 . Anträge und Anfragen
- 9 . Anregungen und Beschwerden
- 10 . Ausschussumbesetzungen
- 11 . Änderung der Hauptsatzung des Amtes Föhr-Amrum
Vorlage: Amt/000382
- 12 . Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2020 des Amtes Föhr-Amrum sowie Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben
Vorlage: Amt/000384
- 13 . Erlass der 1. Nachtragssatzung zur Satzung über die Nutzung des Angebots der Betreuten Grundschule an der Öömrang Skuul in Nebel
Vorlage: Amt/000380
- 14 . Erlass einer Gebührensatzung für die Inanspruchnahme des Angebots der Betreuten Grundschule an der Öömrang Skuul in Nebel
Vorlage: Amt/000373
- 15 . Erlass der 3. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Inanspruchnahme des Angebots der Offenen Ganztagschule an der Rüm-Hart-Schule
Vorlage: Amt/000374
- 16 . Bericht der Verwaltung

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Anwesenheit sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

2. Anträge zur Tagesordnung

Es wird beantragt die Reihenfolge bei den Tagesordnungspunkten TOP 13 bis TOP 15 wie folgt zu tauschen:

TOP 15 wird zu TOP 13

TOP 13 wird zu TOP 14 und

TOP 14 wird zu TOP 15.

Dieser Änderung wird einstimmig zugestimmt.

Weiterhin wird aufgrund der Dringlichkeit einvernehmlich im nichtöffentlichen Teil der TOP 18.1 Personalangelegenheiten aufgenommen.

3. Beschlussfassung über die nichtöffentliche Beratung und Beschlussfassung von Tagesordnungspunkten

Da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls sowie berechnigte Interessen einzelner es erforderlich machen, sprechen sich die Mitglieder des Amtsausschusses einstimmig dafür aus, die Tagesordnungspunkte 17 bis 20 nicht öffentlich zu verhandeln.

4. Einwendungen gegen die Niederschrift über die 18. Sitzung (öffentlicher Teil)

Es gibt keine Einwendungen gegen Form und Inhalt der Niederschrift über die 18. Sitzung (öffentlicher Teil).

5. Bericht der Amtsvorsteherin

Es wird kein Bericht abgegeben.

6. Bericht der Ausschussvorsitzenden

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

7. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

8. Anträge und Anfragen

Auf Anfrage wird dargelegt, dass für den Bereich Deich- und Küstenschutz und damit auch für Anträge wegen Sturmflutschäden Frau Lena Bruderreck vom Bau- und Planungsamt zuständig sei.

9. Anregungen und Beschwerden

Ein Mitglied des Amtsausschusses beschwert sich darüber, dass Postsendungen auf Föhr nicht regelmäßig ausgeteilt und/oder teilweise falsch zugeteilt wurden. Dies liege laut Auskunft der Deutschen Post an personellen Schwierigkeiten, so Herr Hess. Die Zustellung solle sich derzeit wieder normalisieren und mittelfristig wolle man das Postpersonal weiter aufstocken.

Des weiteren werden Unstimmigkeiten hinsichtlich einer Jubiläumsfeier bei der Freiwilligen Feuerwehr thematisiert.

10. Ausschussumbesetzungen

Es liegen keine Ausschussumbesetzungen vor.

**11. Änderung der Hauptsatzung des Amtes Föhr-Amrum
Vorlage: Amt/000382**

Frau Braun berichtet anhand der Vorlage Nr. Amt/000382:

Sachdarstellung mit Begründung:

Die Hauptsatzung des Amtes Föhr-Amrum vom 23.07.2020 wurde mit der 1. Nachtragssatzung vom 09.02.2021 an die aktuelle Rechtslage angeglichen.

Aufgrund zwischenzeitlich erfolgter weiterer Gesetzesänderungen ist eine erneute Aktualisierung der Hauptsatzung erforderlich. In diesem Zuge soll die Hauptsatzung auch dahingehend angepasst werden, dass Bekanntmachungen des Amtes zukünftig durch Bereitstellung im Internet und nicht mehr wie bisher durch Abdruck in der Zeitung erfolgen. Die Internetbekanntmachung stellt eine kostengünstige Alternative zur

Bekanntmachung über die Zeitung dar.

Im Folgenden werden die mittels einer 2. Nachtragssatzung vorzunehmenden Änderungen der Hauptsatzung vorgestellt und begründet. Die Nachtragssatzung ist als Anlage beigelegt.

§ 2 a Sitzungen in Fällen höherer Gewalt

Mit der Aufnahme des § 2 a in die Hauptsatzung durch die 1. Nachtragssatzung vom 09.02.2021 wurden die formellen Voraussetzungen für die Durchführung von Sitzungen der Amtsgremien als Videokonferenz geschaffen.

§ 2 a Absatz 3 sieht bislang vor, dass in solchen Videokonferenzsitzungen Wahlen nicht stattfinden dürfen. Die zugrundeliegende Regelung der Gemeindeordnung (§ 35 a Abs. 3 GO) wurde jedoch mit Gesetz vom 25.05.2021 (GVOBl. 2021, S. 566) geändert. Seitdem sind Wahlen in Videokonferenzsitzungen grundsätzlich zulässig.

§ 2 a Absatz 3 wird daher wie folgt neu gefasst:

„(3) In einer Sitzung nach Absatz 1 und 2 findet eine Wahl im Falle eines Widerspruchs nach § 40 Abs. 2 GO durch geheime briefliche Abstimmung statt. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.“

§ 9 Verarbeitung personenbezogener Daten

§ 9 der Hauptsatzung regelt die Verarbeitung personenbezogener Daten der Mitglieder der Amts- und Gemeindegremien durch das Amt Föhr-Amrum.

Gemäß § 9 Absatz 2 Satz 1 verarbeitet das Amt Föhr-Amrum für den Zweck der Zahlung von Entschädigungen Anschrift und Kontoverbindung der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Eine Übermittlung dieser Daten an Dritte findet nach § 9 Absatz 2 Satz 2 nicht statt.

§ 9 Absatz 2 Satz 2 entspricht jedoch nicht mehr den aktuellen steuerrechtlichen Meldepflichten, da gemäß § 8 Absatz 2 Mitteilungsverordnung die Anschrift verpflichtend dem Finanzamt mitzuteilen ist.

§ 9 Absatz 2 wird daher wie folgt neu gefasst:

„(2) Darüber hinaus verarbeitet das Amt Föhr-Amrum Anschrift und Kontoverbindung der in Absatz 1 Satz 1 genannten Personen für den Zweck der Zahlung von Entschädigungen. Eine Übermittlung von Daten an das zuständige Finanzamt findet gemäß der Mitteilungsverordnung i.V.m. § 93 a Abgabenordnung statt. Eine darüber hinausgehende Übermittlung an Dritte findet nicht statt.“

§ 12 Veröffentlichungen

Bekanntmachungen des Amtes Föhr-Amrum erfolgen gemäß § 12 der Hauptsatzung bislang durch Abdruck in der Zeitung „Der Insel-Bote“. Aufgrund einer Änderung der Bekanntmachungsverordnung ist es mittlerweile zulässig, Bekanntmachungen auch ausschließlich im Internet zu veröffentlichen.

Die Internetbekanntmachung ist eine kosten- und zeitsparende ebenso wie bürgerfreundliche und nachhaltige Alternative zur Bekanntmachung über die Zeitung. Durch die Bereitstellung der Bekanntmachungen auf der Internetseite des Amtes (www.amtfa.de) entfallen nicht nur die Kosten für die Veröffentlichung in der Zeitung, sondern reduziert sich auch der Arbeitsaufwand für die zuständigen Mitarbeitenden in den Fachbereichen. Zudem können sich Bürgerinnen und Bürger jederzeit über aktuelle Bekanntmachungen des Amtes online informieren, ohne hierzu die Zeitung in gedruckter oder digitaler Form erwerben zu müssen. Darüber hinaus wird durch den Verzicht auf den Abdruck in der Zeitung die Umwelt geschont.

In technischer Hinsicht sind für den Umstieg auf die Internetbekanntmachung verschiedene Änderungen an der Webseite des Amtes vorzunehmen, eines grundlegenden Umbaus bedarf es jedoch nicht.

Zur Anpassung des § 12 der Hauptsatzung wird auf ein Formulierungsbeispiel des schleswig-holsteinischen Innenministeriums zurückgegriffen. § 12 Absatz 1 wird demnach wie folgt neu gefasst:

„(1) Satzungen und Verordnungen des Amtes Föhr-Amrum werden durch Bereitstellung auf der Internetseite www.amtfa.de bekanntgemacht.“

Nach § 12 Absatz 1 wird ein neuer Absatz 2 eingefügt:

„(2) Jede Person kann sich Satzungen und Verordnungen kostenpflichtig zusenden lassen. Textfassungen werden in den Amtsgebäuden in 25938 Wyk auf Föhr, Hafestraße 23 und 25946 Nebel, Strunwai 5 zur Mitnahme ausgelegt oder bereitgehalten.“

Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden die Absätze 3 und 4.

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses sei ein einstimmiger Empfehlungsbeschluss gefasst worden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt die als Anlage beigefügte 2. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung des Amtes Föhr-Amrum.

12. Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2020 des Amtes Föhr-Amrum sowie Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben Vorlage: Amt/000384

Die Vorsitzende berichtet anhand der Vorlage Nr. Amt/000384.

Sachdarstellung mit Begründung:

Der Rechnungsprüfungsausschuss des Amtes Föhr-Amrum hat den Jahresabschluss **2020** des Amtes Föhr-Amrum mit seinen Bestandteilen gemäß § 44 GemHVO-Doppik, ausweislich des Prüfungsprotokolls beraten und wie folgt zum Abschluss in Anlehnung an § 91 GO festgestellt:

Der Haushaltsplan wurde im Wesentlichen eingehalten. Die Abweichungen liegen in vertretbarem Rahmen.

Die einzelnen Rechnungsbeträge wurden - soweit geprüft - sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt.

Bei den Erträgen, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie der Vermögens- und Schuldenverwaltung wurde - soweit geprüft – nach den geltenden Vorschriften verfahren.

Das Vermögen und die Schulden wurden richtig nachgewiesen.

Der Anhang zum Jahresabschluss ist vollständig und richtig.

Dem Jahresabschluss ist der Lagebericht beigelegt.

Die über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von **968.639,40 EUR** sollen in der nächsten Sitzung des Amtsausschusses genehmigt werden.

Hinweis: Die über- und außerplanmäßigen Ausgaben sind u.a. auf Ausweisänderungen von zu buchenden Sachverhalten im Zusammenhang mit der engeren Auslegung der GemHVO-Doppik bzw. auf das Überschreiten von Haushaltsansätzen zurückzuführen. Den über- und außerplanmäßigen Ausgaben stehen über- und außerplanmäßigen Einnahmen von **1.413.737,98 EUR** gegenüber.

Der **Planansatz** der ordentlichen Aufwendungen (17) aus der Ergebnisrechnung beträgt **9.758.296,64 EUR**. Dem gegenüber steht das **IST** mit **10.003.469,70 EUR**. In dem IST sind die über- und außerplanmäßigen Ausgaben mit enthalten. Der **Planansatz** wurde somit um **245.173,06 EUR überschritten**. Die Differenz resultiert im Wesentlichen aus höheren IST Abschreibungen.

Es sei in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses ein einstimmiger Empfehlungsbeschluss gefasst worden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresabschluss zum **31.12.2020** des Amtes Föhr-Amrum wird vom Amtsdirektor vorgelegt und wie folgt festgestellt:

Der Jahresabschluss wird auf **62.376.240,28 EUR** Bilanzsumme festgesetzt.

Der ausgewiesene Jahresüberschuss beläuft sich auf **232.090,57 EUR**.

Der **Jahresüberschuss** soll in Höhe von **174.504,19 EUR** der Allgemeinen Rücklage und in Höhe von **57.586,38 EUR** der Ergebn isrücklage zugeführt werden.

Der Jahresabschluss wird wie vorgelegt anerkannt und beschlossen.

Mit der o.a. Buchung / Verrechnung sowie der Bekanntmachung des Jahresabschlusses gem. § 14 Abs. 5 des KPG i. V. m. § 91 GO wird der Amtsdirektor des Amtes Föhr-Amrum beauftragt.

Die über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von **968.639,40 EUR** werden

genehmigt.

**13. Erlass der 1. Nachtragssatzung zur Satzung über die Nutzung des Angebots der Betreuten Grundschule an der Öömrang Skuul in Nebel
Vorlage: Amt/000380**

Frau Braun berichtet anhand der Vorlage Nr. Amt/000380.

Sachdarstellung mit Begründung:

Kürzlich fand ein Abstimmungsgespräch hinsichtlich des bedarfsgerechten Ausbaus der Betreuung der Grundschul Kinder auf Amrum zwischen den Bürgermeistern der Amrumer Gemeinden, Vertreter/innen des Zweckverbandes Sicherheit und Soziales auf Amrum, dem Leiter des Inselkindergartens Amrum, einem Vertreter des Schulausschusses sowie Vertreter/innen des Amtes Föhr-Amrum statt.

Auch aus den Ergebnissen einer vorausgegangenen Bedarfsabfrage erscheint für die Sommer- und Herbstferien dieses Jahres ein -zunächst testweises- Angebot einer Ferienbetreuung sinnvoll. Es könnte ein Umfang von zwei Wochen in den Sommerferien (vorletzte und letzte Ferienwoche) sowie eine Woche in den Herbstferien (voraussichtlich letzte Ferienwoche) jeweils in den Vormittagsstunden von 08.00 – 12.00 Uhr realisiert werden. Sofern sich aus der tatsächlichen Inanspruchnahme der Ferienbetreuung ein anzupassender Bedarf ergäbe, könnte man für die Folgejahre ggf. entsprechende Anpassungen in Erwägung ziehen.

Da in diesem Jahr keine Haushaltsmittel für dieses zusätzliche Betreuungsangebot zur Verfügung stehen, müsste ein Elternbeitrag in Höhe von 50,00 EUR pro Woche und Kind erhoben werden. Aus organisatorischen und pädagogischen Gründen sollte die Anmeldung zur Ferienbetreuung wochenweise verbindlich und zunächst mit einer begrenzten Teilnehmerzahl erfolgen.

Um zusätzlich den sich aus der Bedarfsabfrage ebenfalls ersichtlichen Wunsch der Familien nach einer Frühbetreuung nachzukommen, könnte –**sofern die personellen Ressourcen akquiriert werden können** - hierzu schon ab Beginn des Schuljahres 2022/2023 das grundsätzliche Angebot (ab 07.00 Uhr bis zum Unterrichtsbeginn) geschaffen werden.

Sofern der Amtsausschuss diesen Überlegungen positiv gegenübersteht, bedürfte die Satzung über die Nutzung des Angebots der Betreuten Grundschule an der Öömrang Skuul in Nebel eines 1. Nachtrages, um diese Neuerungen einzuarbeiten.

Die Vorsitzende berichtet, dass gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses der von der Verwaltung vorgeschlagene Elternbeitrag auf 10,00 EUR pro Woche und pro Kind reduziert werden solle.

Die Mitglieder des Amtsausschusses beraten darüber, das Ferienangebot anzubieten ohne hierfür einen Beitrag von den Eltern zu erheben.

Auf Vorschlag der Vorsitzenden wird zunächst über die Beitragspflicht allgemein abgestimmt. Für die Erhebung eines Elternbeitrags spricht sich die Mehrheit der Ausschussmitglieder aus (9 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen).

Anschließend wird über die Höhe abgestimmt. Die Ausschussrunde einigt sich, bei drei Enthaltungen, auf einen Wochenbeitrag von **10,00 EUR** pro Kind.

Sodann ergeht die Abstimmung über die Vorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt die als Anlage beigefügte 1. Nachtragssatzung zur Satzung über die Nutzung des Angebots der Betreuten Grundschule an der Öömrang Skuul in Nebel.

**14. Erlass einer Gebührensatzung für die Inanspruchnahme des Angebots der Betreuten Grundschule an der Öömrang Skuul in Nebel
Vorlage: Amt/000373**

Die Vorsitzende berichtet anhand der Vorlage Nr. Amt/000373.

Sachdarstellung mit Begründung:

Der Amtsausschuss des Amtes Föhr-Amrum hat in seiner Sitzung am 04.11.2021 beschlossen, die Gebührenpflicht für 2 weitere Jahre und damit bis zum 31.07.2024 (Ende des Schuljahres 2023/2024) auszusetzen. Diese Änderung ist in den vorliegenden Satzungsentwurf eingearbeitet.

Im Rahmen eines Gesprächs, an dem die Bürgermeister der Amrumer Gemeinden, Vertreter/innen des Zweckverbandes Sicherheit und Soziales auf Amrum, der Leiter des Inselkindergartens Amrum, ein Vertreter des Schulausschusses sowie Vertreter/innen des Amtes Föhr-Amrum teilgenommen haben, ist um den durch eine Bedarfsabfrage aufgezeigten Betreuungsbedarf der Grundschul Kinder auf Amrum zu decken, für die Sommer- und Herbstferien 2022 auch das zunächst –testweise- Angebot einer Ferienbetreuung thematisiert worden.

Das Angebot soll die letzten beiden Wochen der Sommerferien sowie die letzte Herbstferienwoche des Jahres 2022 und eine Betreuung in den Vormittagsstunden von 8.00 – 12.00 Uhr umfassen. Die Ferienbetreuung wird gegen einen Elternbeitrag in Höhe von 50,00 EUR pro Woche und pro Kind angeboten. Diese Kostenpflicht ist – vorbehaltlich der entsprechenden Beschlussfassung durch den Amtsausschuss (siehe hierzu Vorlage Nr. 380) – ebenfalls in den Satzungsentwurf eingearbeitet.

Aufgrund des Umfangs der Satzungsänderung sowie zur besseren Übersichtlichkeit ist seitens der Verwaltung der Weg der Neufassung der Gebührensatzung gewählt worden.

Im vorangegangenen Tagesordnungspunkt hat sich das Gremium umfassend mit dem Für und Wider der generellen Erhebung eines Elternbeitrags und dessen möglicher Höhe auseinander gesetzt. Die Ausschussmitglieder einigen sich darauf, den von der Verwaltung vorgeschlagenen Gebührenbeitrag für die Ferienbetreuung zu senken und der Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses folgend, über die Gebührensatzung mit einem auf 10,00 EUR geänderten Elternbeitrag pro Woche und pro Kind abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt die als Anlage beigefügte Gebührensatzung für die

Inanspruchnahme des Angebots der Betreuten Grundschule an der Öömrang Skuul in Nebel mit folgender Änderung in § 4 Abs. 2 (Ferienbetreuung, Gebühr):

„Die Gebühr für die wochenweise Teilnahme an der Ferienbetreuung beträgt **10,00 EUR** pro Woche und pro Kind.“

**15. Erlass der 3. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Inanspruchnahme des Angebots der Offenen Ganztagschule an der Rüm-Hart-Schule
Vorlage: Amt/000374**

Frau Braun berichtet anhand der Vorlage Nr. Amt/000374.

Sachdarstellung mit Begründung:

Der Amtsausschuss des Amtes Föhr-Amrum hat in seiner Sitzung am 04.11.2021 beschlossen, die Gebührenpflicht für 2 weitere Jahre und damit bis zum 31.07.2024 (Ende des Schuljahres 2023/2024) auszusetzen. Diese Änderung ist in der 3. Nachtragssatzung eingearbeitet.

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses sei ein einstimmiger Empfehlungsbeschluss gefasst worden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt, zunächst bis zum Ablauf des Schuljahres 2023/2024 (31.07.2024), die als Anlage beigefügte 3. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Inanspruchnahme des Angebots der Offenen Ganztagschule an der Rüm-Hart-Schule in Wyk auf Föhr.

16. Bericht der Verwaltung

Herr Stemmer gibt einen Zwischenstandbericht über seine ersten drei Amtsjahre ab. Er berichtet weiter zum Sachstand und aktuellen Themen der Inselenergie, der Inselwerke, der Wohnungsbaugenossenschaft und des Landschaftszweckverbandes. Weiterhin berichtet er zum 1. Projekt der Innovationsgruppe der Amtsverwaltung und zur grundlegenden Überarbeitung des Geschäftsverteilungsplans. Zu aktuellen Angelegenheiten aus dem Bereich Stabsstelle sowie aus dem Bau- und Planungsamt wird ebenfalls informiert.

Die Präsentation zu diesen Berichten ist als Anlage beigefügt.

Frau Haecks berichtet zur Resolution „Finanzierung der Schulsozialarbeit sicherstellen“, was ebenfalls als Anlage beigefügt ist.

Die Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 14:15 Uhr.

Heidi Braun

Julia Schäfer